

Pressekonferenz

von

Kurt Grünewald

Wissenschaftssprecher der Grünen

und

Bruno Rossmann

Budgetexperte der Grünen

Hochschulfiasko - Grüne Wege aus der Krise

und

Was bleibt vom Dialog Hochschulpartnerschaft?

Wien, 30. 6. 2010

Der Dialog Hochschulpartnerschaft, der im November 2009 aufgrund der Studierenden-Proteste gestartet wurde, ist inzwischen bereits wieder Vergangenheit. Fünf konstituierte Arbeitsforen haben bis Juni 2010 mit dem Ziel, laut BM Hahn, eine „Bestandsaufnahme über sämtliche Daten und Fakten“ sowie eine Diskussion darüber, wie Hochschulen funktionieren, wie ihre Leistungen im 21. Jahrhundert aussehen bzw. welche Anforderungen an eine moderne Universität gestellt werden sollen, monatlich getagt. „Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Grundkonsens über die Rolle und Aufgaben unserer Hochschulen“, so der ehemalige Wissenschaftsminister damals.

Die sehr arbeits- und zeitintensiven Treffen liegen hinter uns, Frau BM Karl lädt für die Präsentation des Schlussberichts zu einer Veranstaltung am heutigen Nachmittag. Inzwischen wurde nach einigen Anstrengungen der Opposition zu dieser Thematik auch ein Unterausschuss zum Wissenschaftsausschuss konstituiert, die erste Sitzung wird am 13. Oktober 2010 stattfinden. An diesem ersten von fünf Terminen werden die ExpertInnen des Dialogs geladen, um Ihre finale Stellungnahme zu präsentieren.

Einige DialogpartnerInnen sind frühzeitig ausgestiegen, Hauptgründe waren neben der immer wieder vom Wissenschaftsressort betonten „Unverbindlichkeit“ der Ergebnisse die massiven Budgetkürzungen, die entgegen allen Bekenntnissen zum Schwerpunkt Bildung und Forschung, bekannt wurden, sowie verschiedene weitere Beschlüsse (z. B. Zugangsbeschränkungen), die parallel zum Dialog getroffen und den TeilnehmerInnen über die Medien ausgerichtet wurden.

Die finanzielle Situation an den Universitäten spitzt sich zu. Viele Vorhaben und Ziele des Dialogs sind so nicht umsetzbar. Es gilt einen Weg aus der Krise finden, Bildungs- und Forschungspolitik müssen aus der Defensive heraus und offensiv werden!

Verbindlicher Budgetpfad zur Erreichung des 2% Ziels?

Schwerpunktsetzungen in den Bereichen von Bildung, Forschung sowie die Zielsetzung, international Anschluss an die Besten zu finden, erfordern klare und nachhaltige Investitionen. Die Diskussion im Arbeitsforum 5 (Ressourcen & Finanzierung von Lehre und Forschung) spielte somit eine Schlüsselrolle für alle Arbeitsforen des Dialogs. Die Resultate dieser Diskussion sind, bedingt durch die degressiven Budgets, ernüchternd, in höchstem Maße unbefriedigend und hatten Auswirkungen auf alle anderen Arbeitsforen. Die Wahrscheinlichkeit zukunftsweisende Reformvorhaben umzusetzen wurden auf ein Minimum reduziert. Für den tertiären Bildungssektor ist es keine Perspektive zum Spielball unreflektierter Konsolidierungspakete zu werden.

Gebrochene Versprechungen eines verbindlichen Budgetpfades, wie das, 2% des BIP in den tertiären Sektor zu investieren (laut Regierungsübereinkommen bis spätestens 2020 zu erreichen), sowie die Weigerung der Bundesregierung, einen diesbezüglichen Beschluss aller Parlamentsparteien zu vollziehen, kommen einer Bankrotterklärung eines offensiven Hochschulprogramms gleich. Manifest wurde dieser Wortbruch durch die Beschlussfassung des Bundesfinanzrahmengesetzes (BFRG) 2011 bis 2014, in dem sich die ab 2011 einsetzende Budgetkonsolidierung niederschlägt. Die Ausgabenobergrenzen sehen für

Wissenschaft und Forschung eine Reduktion der Mittel von 3.744 Mio. Euro (2010) auf 3.635 Mio. Euro (2014) vor.

Konsolidierungserfordernis nach UG – Ausgaben in Mio Euro Rubrik 3

	2011	2012	2013	2014
30, 32 Unterricht inkl Kunst und Kultur	-111,9	-179,9	-209,7	-234,0
31 Wissenschaft und Forschung	-49,4	-79,5	-92,2	-101,0
33 Wirtschaft (Forschung)	-1,3	-2,2	-2,5	-2,8
34 Verkehr, Innovation, Technologie	-4,7	-7,7	-8,8	-10,1
Summe	-167,3	-269,3	-313,2	-347,9

Damit ändert sich auch der Finanzrahmen für die UG 31 (Wissenschaft und Forschung) wie folgt (Angaben in Mio. Euro):

UG 31 Wissenschaft und Forschung

	2011	2012	2013	2014
BFRG alt	3.735,5	3.755,5	3.776,0	
BFRG neu	3.686,1	3.676,0	3.683,8	3.635,4
Differenz	-49,4	-79,5	-92,2	

Wenn nun bei sinkenden Budgets den Universitäten und Fachhochschulen vom BMWF noch die „Rückhaltung von Budget“ empfohlen wird, um auch nach 2014 rückläufige Finanzmittel zu egalisieren, ist dies eine doppelte Beschneidung von Ressourcen.

Würde das 2%-Ziel ernst genommen werden, müssten Wissenschaft und Forschung nicht nur von der Konsolidierung ausgenommen, sondern auch konkrete quantitative Stufenpläne zur Zielerreichung genannt und im Ausgabenpfad abgebildet werden.

Österreich wird mit rückläufigen Ausgaben keine Exzellenzposition in der Forschung und tertiären Bildung erreichen, vielmehr ist mit substantiellen Einbrüchen zu rechnen. Da eine weitgehend lineare Budgetkürzung über alle Bereiche Arbeitsplätze kostet, die Defizite in den Bereichen Forschung, Kinderbetreuung und Bildung vergrößert und die Erreichung der Klimaziele erschwert, schlägt der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts Karl Aiginger einen Zukunftspakt zwischen Regierung, Ländern und Sozialpartnern vor, der u.a. vorsieht, dass

- jene Ausgabenkategorien deutlich erhöht werden, die beschäftigungswirksam sind und die die künftige Wettbewerbsfähigkeit stärken,
- die maßgeblichen Schritte zur Budgetkonsolidierung in Phasen hoher nationaler und internationaler Wirtschaftsdynamik stattfinden müssen. Vor und während der

Konsolidierung müsse daher in wachstumsintensive sowie sozial und ökologisch wichtige Tätigkeiten investiert werden.¹

Das bedeutet, dass Investitionen in Bildung, Forschung, Jugend, Umwelt, Chancengleichheit und Gesundheitsvorsorge nicht verringert, sondern ausgedehnt werden müssten.

Es ginge auch anders

Länder wie Deutschland oder Frankreich zeigen, was gerade in Krisenzeiten möglich und notwendig ist. Dort herrscht breiter politischer Konsens darüber, dass Investitionen in Bildung und Forschung ein Kernelement zur nachhaltigen Überwindung der Wirtschaftskrise sind. Anders als in Österreich werden daher selbst in Zeiten knapper Staatsfinanzen und hoher Finanzschulden mehr Mittel für Bildung und Forschung zur Verfügung gestellt.

Deutschland hat erst kürzlich der Öffentlichkeit ein umfangreiches Konsolidierungspaket in Höhe von 80 Mrd. Euro präsentiert, das im Gegensatz zu Österreich die Bereiche Bildung und Forschung aus den Konsolidierungsplänen nicht nur ausklammert, sondern die Ausgaben dafür bis 2013 sogar um 12 Mrd. Euro ausweiten wird.² Beispielhaft hat auch Bayern trotz Wirtschafts- und Finanzkrise beschlossen, den Hochschulpakt des Bundes bis 2013 zu unterstützen und investiert zusätzlich 1 Mrd. Euro in Forschung und Lehre.³ Dadurch werden 38.000 neue Studienplätze geschaffen und 3.000 zusätzliche HochschullehrerInnen angestellt. Umgerechnet auf Österreich heißt das 800 Millionen mehr an budgetären Mitteln, 25.000 neue Studienplätze und 2.000 zusätzliche HochschullehrerInnen.

Resümee zum Dialog

Da scheinbar alle Zusagen, Versprechungen und parlamentarischen Beschlüsse nichts mehr gelten, verliert nicht nur das Regierungsprogramm, sondern auch die Arbeit der am Dialog Beteiligten ihren Wert.

Das in seinen weitreichenden Folgen kaum reflektierte Einbeziehen von Bildung und Forschung in ein Konsolidierungspaket wurde in den Arbeitsforen zwar andiskutiert, aber nie ernsthaft zum zentralen Gegenstand der Debatte erhoben. Wiederholte Äußerungen der zuständigen Bundesministerin und des Finanzministers zu Budgetreduktionen im tertiären Bildungsbereich waren Wortspenden außerhalb des Dialogs und konterkarierten seine Arbeit massiv. Dies waren auch die maßgeblichen Gründe für Studierende und UNIKO aus dem

¹ [http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/P_2010_06_04\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/P_2010_06_04$.PDF)

² Siehe dazu z.B.: http://www.focus.de/politik/deutschland/ausgabenkuerzungen-koalition-beschliesst-80-milliarden-sparpaket_aid_516591.html sowie http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_3378/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Bundeshaushalt/20100607-solid-Finanzen-Anlage2-engl,templateId=raw,property=publicationFile.pdf

³ Siehe dazu: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/hochschulpolitik-neue-studienplaetze-reichen-aus-1.447350>

Dialog auszuscheren. Gerade ein Dialog über Bildung und Wissenschaft sollte von den besten Argumenten leben. Wenn man ernsthaft glaubt Qualität in der Lehre nur dadurch verbessern zu können, indem man die Zahl der Studierenden empfindlich reduziert, dann hat Bildungspolitik ausgedient und wir werden Nachzügler in Europa bleiben.

Wenn der Rat zahlreicher ExpertInnen nicht endlich gehört wird, die Warnungen nicht an die zuständigen MinisterInnen durchdringen, dann kann nur mehr ein österreichweiter Protesttag aller Beteiligten die Schlafenden wecken! Wir haben unsere Stellungnahme in einem „Votum Separatum“⁴ festgehalten.

Forderungen und Empfehlungen

Verbindlicher Budgetpfad bis zur Vorlage des Budgets 2011

Der Anstieg der Ausgaben für den tertiären Bildungssektor auf 2% des BIP bis spätestens 2020 muss zur obersten politischen Priorität erhoben werden. Dazu bedarf es eines verbindlichen quantitativen Budgetpfads, der sich auch im Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) 2011 bis 2014 niederschlagen muss. Diesen Budgetpfad muss die Bundesregierung gemeinsam mit den Details zum Budget 2011 im Oktober 2010 vorlegen. Um Leistungseinbrüche zu vermeiden, muss eine Anschubfinanzierung noch heuer erfolgen.

Eindämmen der Mietenzahlungen an die BIG

Da von den Rektoraten die Mietenzahlungen an die BIG und die Betriebskostenvorschreibungen kaum beeinflusst werden können, sollte die marktbeherrschende Stellung der BIG reduziert werden, da diese möglicherweise für überhöhte Entgelte genutzt wird.

Konjunkturgerechte und verteilungsverträgliche Steuererhöhungen

Am Beginn der Budgetkonsolidierung könnten wachstums- und beschäftigungsschonende Steuererhöhungen stehen. In Frage kommen Abgabenerhöhungen, die vor allem die hohen und höchsten Einkommen belasten, bei denen aufgrund ihrer hohen Sparquote die zusätzliche Steuerbelastung nur zu einer relativ geringen Konjunktüreinschränkung führen, wie etwa eine reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer (Aufkommenspotenzial mindestens 1 Mrd. Euro) oder die Aufhebung der Spekulationsfrist vor allem bei Aktien im Rahmen der Einkommensbesteuerung (einige 100 Mio. Euro).

Abbau von steuerlichen Privilegien

In jedem Steuersystem gibt es Steuerprivilegien, die z.T. historisch gewachsen sind, und deren Streichung sogar positive Wachstumseffekte auslösen könnte. Dazu gehören etwa der Abbau der steuerlichen Förderung für die 2. und 3. Säule der Pensionsvorsorge inkl. der Prämie der Zukunftsvorsorge (Aufkommenspotential mittelfristig rund 650 Mio Euro) oder die Reduktion der steuerlichen Privilegien für Privatstiftungen und der Begünstigungen im Rahmen der Gruppenbesteuerung (mehrere 100 Mio. Euro).

⁴ Ein ausführliches „Votum Separatum“ wurde dem Dialog Hochschulpartnerschaft als Stellungnahme der Grünen für das Arbeitsforum 5 übermittelt und findet sich auf der home page des BMWF.

Vermeidung von zukünftigen Ausgaben

Sofortiger Verzicht auf Investitionsausgaben, die mittel- bis langfristig mit höheren budgetären Folgekosten verbunden sind (z.B. Bau des Koralm-Tunnels), Vermeidung von Folgekosten im Bereich der Klimapolitik (z.B. thermische Sanierung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen) und im Bereich des Gesundheitswesens.

Betrugsbekämpfung

Umsatzbesteuerung in- und ausländischer Unternehmen intensivieren, verstärkt Steuerrückstände eintreiben.

Umschichtung von Forschungsausgaben ("tax expenditures")

Von den Unternehmen in die universitäre Grundlagenforschung, Österreich hinkt bei den Mitteln in tertiäre Bildung im internationalen Vergleich nach⁵ (siehe auch Anhang).

Eingliederung des ISTA in ein universitäres Exzellenzzentrum

Prüfung um die sachgerechte Verwendung des Klinischen Mehraufwandes

Über 400 Mio Euro fließen jährlich an die Träger des klinischen Bereiches der drei medizinischen Universitäten. Der RH hinterfragt nicht erstmals ob diese Mittel nicht vorwiegend die den Ländern obliegende Krankenversorgung finanzieren. Zukünftige Zusammenarbeitsverträge zwischen Universitäten und Ländern müssen den Erfordernissen von universitärer Lehre und Forschung ausreichend Rechnung tragen.

Wir fordern die Bundesregierung zu einem sofortigen Umdenken auf, da die hier entstehenden Innovations- und Investitionslücken nachhaltig und über viele Jahre die Perspektiven von Bildung und Forschung auf das Schwerste beeinträchtigen. Der Gefahr eines dauerhaften Schadens für den tertiären Bildungssektor und die Forschung muss JETZT begegnet werden.

⁵ Siehe dazu A. Schibany, Öffentliches Geld für welche Forschung?, ÖHZ 3/2010.

Anhang:

Hauptproblem: Finanzierung

Im Vergleich zu anderen innovativen Ländern weist Österreich bedeutend niedrigere Bildungsausgaben auf. Diese liegen in Österreich für den gesamten Bildungsbereich bei ca. 5,5 % des BIP. Die Ausgaben für den tertiären Bereich liegen in Österreich mit 1,3 % des BIP hinter Finnland (1,7 %), Schweden (1,6 %) und der Schweiz (1,4 %).⁶ Im Vergleich der OECD-Länder schneidet Österreich ernüchternd ab. Während Österreich bei der Finanzierung des Bildungssystems von 17 untersuchten Ländern immerhin noch den 9. Platz einnimmt, liegt es bei der Tertiären Bildung auf Rang 14 und bei der Qualität des Bildungssystems auf dem drittletzten 15. Platz.⁷

Unis benötigen Aufholprozess

Zahlreiche Nationen und selbst kleinere Staaten zeigen, wie sich ihre Universitäten durchaus mit Spitzenreitern in der Lehre und Forschung behaupten. Diese Staaten bieten bessere Ressourcen und erlauben dem wissenschaftlichen Nachwuchs bei guten Leistungen frühe Autonomie. Die Sogwirkung ihrer Universitäten lässt viele junge Talente abwandern, denen in Österreich die Perspektiven fehlen. Hier werden Lücken aufgerissen, die über weite Zeiträume nicht mehr geschlossen werden können. Die akademische Forschung und Lehre droht zu stagnieren, wenn nicht zurückzufallen. Der Standort Österreich verliert an Attraktivität. Grundvoraussetzungen für eine internationale und wissensbasierte Wirtschaft⁸ werden nicht erfüllt.

Wissenschaftler ohne Perspektive

Der akademische Nachwuchs an österreichischen Universitäten wird mit zeitlich streng befristeten Beschäftigungsverhältnissen, überkommenen Hierarchien mit später Autonomie und immer knapperen Forschungsförderungsmitteln konfrontiert. Über zwei Drittel der WissenschaftlerInnen (inklusive FWF finanzierte) rotieren und haben an unseren Universitäten keine längerfristige Perspektive. LektorInnen befinden sich vielfach in prekären Beschäftigungsverhältnissen obwohl sie an manchen Instituten den Großteil der Lehre tragen. Leistung, Talent und Kreativität werden nicht ausreichend honoriert. Die Umsetzung des Kollektivvertrages ist zögerlich und man orientiert sich aufgrund der Mittelknappheit zunehmend an den untersten Grenzen des KV. Immer mehr können kaum von ihrer Arbeit

⁶ Astor und Heimer (2008), zit. nach: Schibany (2009): „Das Zusammenspiel von direkter und indirekter Förderung“

⁷ Schibany (2009) „Der hinkende Frontrunner?“, Joanneum Research – InTeReg Working Paper #56-2009 (S.6)

⁸ <http://www.topuniversities.com/university-rankings/world-university-rankings/2009/results>

leben. Sie verdienen im Monat nicht mehr als 300 bis 1300 Euro – je nachdem wie viele Stunden ihr Lehrauftrag umfasst.⁹

Zu wenig Geld für Grundlagenforschung

Zwischen 2002 und 2007 ist laut Joanneum Research die Finanzierung der öffentlichen Hand für Grundlagenforschung um 25 Prozent gestiegen, jene für die angewandte Forschung dagegen um 185 Prozent¹⁰. Der FWF schreibt: „Während im internationalen Vergleich die Grundlagenforschung meist als Weg aus der Krise erkannt wurde und die Forschungsförderung bis zu zweistellige Prozentzuwächse verzeichnen konnte, musste der FWF in Österreich einen Rückgang des Gesamtforschungsaufwandes um 19 % und den größten Einbruch der Bewilligungssumme in seiner über 40-jährigen Geschichte hinnehmen.“ (FWF-Info 1/2010) Heute liegt das FWF Budget signifikant unter jenem vergleichbarer Förderorganisationen der Schweiz und Deutschlands. „Mit 0,4 Prozent Anteil der Ausgaben für Grundlagenforschung am BIP liegt Österreich weit hinter den ‚Innovation Leaders‘ und unter dem Durchschnitt von EU und OECD“ (FWF Jahresbericht 2009, S. 9.) Während in Finnland oder der Schweiz über 50 Euro pro EinwohnerIn in Grundlagenforschung investiert werden, sind es in Österreich lediglich 17,5 Euro.¹¹

Institution	EUR / EinwohnerIn
AKA (Finnland)	58,2
SNF (Schweiz)	54,1
NWO (Niederlande)	33,3
RCUK (Großbritannien)	30,0
DFG (Deutschland)	26,8
FWF (Österreich)	17,5

Durchschnittliche Ausgaben pro EinwohnerIn

Wien, 30.6.2010, Kurt Grünewald und Bruno Rossmann

⁹ Heuraka – Wissenschaftsmagazin des Falter Nr. 3/10, S. 18

¹⁰ Andreas Schibany, Joanneum Research Factsheet, 27.1.2010

¹¹ APA vom 26. März 2010 von Kurt Grünewald,

https://www.parlament.gv.at/pd/apa/apadok/O26/0326_OT209.html